

Bauernbund Brandenburg



Jürgen Kempf stellt seinen Betrieb in Klein Mutz (Landkreis Oberhavel) vor

Liebe Berufskollegen,

ein ereignisreiches Jahr geht zuende. Die agrarpolitischen Diskussionen wurden beherrscht vom Thema Gemeinsame Agrarpolitik 2014-2020, wo wir zusammen mit CDU und Bündnisgrünen in Brandenburg klar Position bezogen haben für eine Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft und gegen den Ausverkauf an Kapitalanleger. Auch wenn die Entscheidungen in Brüssel fallen - die hier in einer Agenturmeldung dokumentierte Landtagssitzung vom 28. September zeigte deutlich, wer in dieser agrarpolitischen Auseinandersetzung auf unserer Seite steht – und wer nicht.

Einen Tag vor Veröffentlichung der Ciolos-Vorschläge haben wir in einer Pressemitteilung nochmal zum Ausdruck gebracht, was uns wichtig ist. Absehbar war, dass wir mit den Vorschlägen in der aktuellen Form nicht zufrieden sein konnten. Ärgerlich ist insbesondere, dass das Prinzip des ortsansässigen Landwirts darin nicht verankert wurde. Aber auch bei Kappung und Greening gibt es noch deutliche Schwächen, an deren Korrektur wir jetzt arbeiten. Ob wir damit Erfolg haben, wird man sehen. Über die Einzelheiten werden wir in einem der nächsten Rundbriefe berichten.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Aktivitäten lag beim Bündnis Heimat und Zukunft in Brandenburg gegen CCS und neue Braunkohletagebaue – auch darüber ist in dieser Ausgabe zu lesen.

Am 29. Oktober waren wir zu Gast auf den Betrieben von Matthias Schley und Jürgen Kempf, bei denen ich mich auf diesem Weg noch einmal ganz herzlich bedanken möchte. Unser Herbsttreffen im Landkreis Oberhavel, an dem diesmal etwa 50 Mitglieder teilgenommen haben, hat uns wieder viele interessante Einblicke und Gespräche ermöglicht und gezeigt, dass man als Bauer mit ganz unterschiedlichen Betriebskonzepten ein gutes Auskommen und Erfüllung finden kann. Das nächste Mal sehen wir uns bei unserer Hauptversammlung am 8. Februar in Falkenrehde – eine Einladung kommt noch, aber bitte merkt Euch den Termin schonmal im Kalender vor.

*Ein frohes Weihnachtsfest und ein glückliches neues Jahr wünscht
Euer Karsten Jennerjahn (Präsident)*

Landtag gegen Kappung von Agrarzahungen

Agenturmeldung vom 28. September 2011, veröffentlicht in den Potsdamer Neuesten Nachrichten und auszugsweise in weiteren Zeitungen

Potsdam - Um die Zukunft von Brandenburgs Landwirtschaft zu sichern, darf es aus Sicht des Landtages keine erneuten Flächenstilllegungen und Kappung von Direktzahlungen an die Betriebe geben. Einem Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD, Linke und FDP stimmte das Parlament am Mittwoch mit großer Mehrheit zu. Er zielt hauptsächlich in Richtung Brüssel und damit auf die anstehende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Minister Jörg Vogelsänger (SPD) warnte eindringlich davor, die Landwirtschaft in den neuen Ländern zu gefährden. Zu dem Thema hatte die FDP-Fraktion eine Aktuelle Stunde beantragt. In der Debatte sorgten vor allem die Förderziele für Streit. Während hier die ungewöhnliche Antragsallianz verlangte, EU-Mittel auch künftig unabhängig von Betriebsgrößen zu bewilligen, plädierte CDU-Agrarexperte Dieter Dombrowski dafür, künftig stärker Familienhöfe und den „aktiven Landwirt“ zu fördern. Den Christdemokraten wie auch Bündnis 90/Die Grünen sind die oft aus Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) der DDR hervorgegangenen Großbetriebe ein Dorn im Auge.

Die bündnisgrüne Abgeordnete Sabine Niels forderte in diesem Zusammenhang, das „Gießkannenprinzip“ bei der EU-Förderung zu beenden. Vogelsänger bemerkte im Gegenzug: „Sie führen hier einen ideologischen Klassenkampf und Sie schaden der ostdeutschen Landwirtschaft.“ Mit der „LPG Rote Rübe“ hätten die Bündnisgrünen ein spezielles Feindbild. „Wir brauchen keine Diskriminierung. Kappung ist Diskriminierung, Bürokratie und Benachteiligung ostdeutscher Betriebe.“ Zu der geforderten Unabhängigkeit der EU-Förderung von Betriebsgrößen meinte die SPD-Abgeordnete Martina Gregor-Ness: „Ein Hektar ist ein Hektar – egal wer ihn bearbeitet.“

Kritik am Beschluss kam vom Bauernbund Brandenburg. „CDU und Bündnisgrüne haben erkannt, dass dem Ausverkauf der brandenburgischen Landwirtschaft an auswärtige Geldanleger Einhalt geboten werden muss. Das geht nur durch Kappung der Agrarsubventionen und ihre Koppelung daran, dass sich die Betriebe in der Hand ortsansässiger Landwirte befinden“, sagte Reinhard Jung, Geschäftsführer des Bauernbundes Brandenburg, der die bäuerlichen Familienbetriebe im Land vertritt. Das rot-rot-gelbe Bündnis gegen die Kappung bezeichnete Jung als „Allianz der Unbelehrbaren, die noch dem sozialistischen Genossenschaftsgedanken hinterherträumen, während in der Realität ein Großbetrieb nach dem anderen von Industriellen und Investoren übernommen wird.“

Bauernbund zur morgigen Veröffentlichung

der Vorschläge für die Gemeinsame Agrarpolitik 2014-2020

Pressemitteilung vom 11. Oktober 2011

Der Bauernbund begrüßt grundsätzlich die geplante Kappung der Agrarsubventionen. Für genau so wichtig halten wir allerdings die bislang nur vage angekündigte Koppelung daran, dass sich die Betriebe im Eigentum ortsansässiger Landwirte befinden. Erst beides zusammen wäre ein wirksamer Schritt gegen die Finanzinvestoren, die sich zur Zeit in Brandenburgs Großbetriebe einkaufen und den ländlichen Raum ausplündern. Die sogenannte Missbrauchsklausel, nach der Großbetriebe nicht nachträglich geteilt werden dürfen, finden wir unsinnig, weil aus unserer Sicht überhaupt nichts dagegen spricht, wenn sich ortsansässige Anteilseigner von Großbetrieben als Landwirte selbständig machen. Auch die Anrechnung von Umweltleistungen und Arbeitskräften auf die Kappungsgrenze halten wir für nicht sachgerecht und befürchten eine unnötige Verkomplizierung.

Das sogenannte Greening lehnen wir ab, da mit Cross Compliance bereits umfangreiche Umweltauflagen bestehen. Vielmehr plädieren wir für eine Reform von Cross Compliance mit dem Ziel, die Dokumentationspflichten einzudämmen, indem die Beweislast umgedreht wird. Das heißt Ab-

züge von den Agrarsubventionen nur noch, wenn dem Betrieb Verstöße gegen geltendes Umweltrecht nachgewiesen wurden. Sinnvoller im Sinne einer Ökologisierung wäre die Konzentration der Mittel für die zweite Säule auf ein einheitliches hochwirksames Agrarumweltprogramm, mit dem – ergänzend zu den Agrarsubventionen – der ökologische Landbau, Eiweißfutterpflanzen, Ackergras und Dauergrünland pauschal gefördert wird. Für nicht zielführend halten wir weiterhin den geplanten Nothilfefonds zur Absicherung gegen Marktschwankungen und Witterungsextreme und die Beratungspflicht. Wir verstehen uns als freie Unternehmer, die vom Staat weder vor den normalen Risiken der Branche "gerettet" noch über ihre Wirtschaftsweise "belehrt" werden müssen.

Die Dorfkirche von Atterwasch im Landkreis Spree-Neiße, einem der fünf Dörfer, die nach dem Willen der Landesregierung bis 2030 dem Braunkohletagebau weichen sollen. Auch unser Mitgliedsbetrieb Dammaschke aus Schenkendöbern würde dabei in erheblichem Umfang Flächen verlieren. Der Bauernbund hat sich im Herbst intensiv an den Vorbereitungen für das Bündnis Heimat und Zukunft in Brandenburg beteiligt, das am Reformationstag in Atterwasch gegründet wurde. Auf der vom Bauernbund betriebenen Internet-Seite

www.heimatzukunft.de

besteht die Möglichkeit, sich in die Bündnisliste einzutragen. Oder Anruf in unserer Geschäftsstelle, Telefon (038791) 80200.



Bauernbund Brandenburg verurteilt geplanten Tagebau Welzow-Süd als Menschenrechtsverletzung

Pressemitteilung vom 15. Oktober 2011

Der Bauernbund Brandenburg, Vertretung der bäuerlichen Familienbetriebe im Land, hat heute im Rahmen der Anhörung der Träger öffentlicher Belange eine Stellungnahme zum geplanten Braunkohletagebau Welzow-Süd abgegeben. "Wir lehnen die Planung, nach der das Dorf Proschim, Teile von Welzow sowie wertvolle Agrarflächen vernichtet werden, grundsätzlich ab", fasst Bauernbund-Vorstandsmitglied Christoph Schilka die Ergebnisse des dreiseitigen Schreibens zusammen.

Die Beseitigung von Siedlungen und Landschaft zugunsten des Braunkohletagebaus habe zwar in der Lausitz eine lange Tradition, so der 56jährige Landwirt aus Guhrow: "Dies ist allerdings zum ganz überwiegenden Teil eine Tradition der staatssozialistischen Willkür unter gröblicher Missachtung der Menschenrechte auf Heimat, Eigentum und unversehrte Umwelt." Die Menschenrechte müssen bei der Abwägung öffentlicher Belange in einer Demokratie größeres Gewicht bekommen, sagte Schilka.

Bündnis Heimat und Zukunft in Brandenburg tritt an gegen die menschenverachtende Braunkohlepolitik der Landesregierung

Pressemitteilung vom 31. Oktober 2011

70 Politiker aus allen im Landtag vertretenen Parteien, Vertreter von Wirtschaftsorganisationen, Umweltverbänden, Bürgerinitiativen und der Evangelischen Kirche sowie Unternehmer, Wissenschaftler und Künstler haben sich am heutigen Reformationstag in Atterwasch (Landkreis Spree-Neiße) zum "Bündnis Heimat und Zukunft in Brandenburg" zusammengeschlossen. Gemeinsam unterzeichneten sie eine Erklärung, in der sie den Verzicht auf neue Braunkohletagebaue und CCS sowie eine Energiewende auch für Brandenburg fordern.

"Wir werden nicht zulassen, dass die Landesregierung fünf weitere märkische Dörfer in den Abgrund reißt, um für Vattenfall Planungssicherheit bis 2060 zu schaffen", sagte Reinhard Jung vom Bauernbund, einer der Organisatoren des Bündnisses. Auf der Gründungsversammlung in dem von der Abaggerung bedrohten Dorf sprachen u. a. der CDU-Bundestagsabgeordnete Hans-Georg von der Marwitz und die bündnisgrüne Landtagsabgeordnete Sabine Niels. Beide betonten, dass der Protest gegen CCS und neue Tagebaue weit über die betroffenen Regionen hinaus in der Mitte der Gesellschaft angekommen sei. Mit dem Reformationstag in Atterwasch erhalte er jetzt einen festen Ort und Termin. Auf der frisch freigeschalteten Internetseite www.heimatzukunft.de kann man sich dem Bündnis anschließen.

Gründungserklärung des Bündnisses Heimat und Zukunft in Brandenburg und Erstunterzeichner:

Horno ist das letzte Dorf, das für die Braunkohle weichen muss, versprach einst Manfred Stolpe. Jetzt will Matthias Platzeck auch noch Teile von Welzow sowie Proschim, Grabko, Kerkwitz und Atterwasch wegbaggern lassen. Mit den Dörfern verschwinden Jahrhunderte alte Kulturlandschaften, zurück bleiben riesige Krater und ein massiv geschädigter Wasserhaushalt. Für die „innovative Technologie“ CCS soll der Abbau der Braunkohle noch weiter beschleunigt werden. Denn das „klimafreundliche Kohlekraftwerk“ benötigt rund ein Drittel mehr Brennstoff, um Kohlendioxid abzuscheiden, wegzupumpen und mit Hochdruck unter die Erde zu pressen. Wie es sich dort verhält, sollen zwei „Pilotprojekte“ unter Beeskow und Neutrebbin erforschen. Schlägt der Versuch fehl – was sich auch erst Jahrzehnte später herausstellen kann – sind große fruchtbare Landstriche im Osten Brandenburgs dauerhaft verseucht. Bei diesen Aussichten ist es verständlich, dass immer mehr Menschen die Braunkohleverstromung kritisch hinterfragen.

Wir meinen: Die einseitige Fixierung auf Braunkohle hat Brandenburgs Energiepolitik in eine Sackgasse geführt. Insbesondere CCS ist mit rationalen Argumenten nicht nachzuvollziehen. Selbst wenn die ökonomisch wie ökologisch widersinnige Erhöhung des Brennstoffbedarfs kein Problem wäre, stellt sich die Frage, warum man diesen komplizierten Beitrag zur Rettung des Weltklimas ausgerechnet in einer der wenigen dicht besiedelten, landwirtschaftlich nutzbaren Gegenden der Erde ausprobieren muss. Aber auch die bevorstehenden Umsiedlungen und Enteignungen sowie die Abwertung ganzer Regionen als Tagebau- bzw. Deponielandschaften lassen sich in solcher Größenordnung schwerlich als Beitrag für das Allgemeinwohl rechtfertigen. Kein verantwortlich denkender Politiker darf Teile Brandenburgs und seiner Bewohner abschreiben. Wir möchten deshalb eine breite Diskussion über die künftige Energiepolitik unseres Landes anstoßen und stellen dafür folgende Forderungen:

1. Neuausrichtung der energiepolitischen Ziele unter Einbeziehung des tatsächlichen Bedarfs, vorhandener Potentiale zum Energiesparen und zur Steigerung der Energieeffizienz sowie neuester wissenschaftlicher und technischer Erkenntnisse.

2. Förderung der erneuerbaren Energien Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Erdwärme in dezentralen mittelständischen Strukturen unter Rahmenbedingungen, die Wildwuchs vermeiden und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen.
3. Verbindlicher Ausstieg aus der Braunkohleverstromung, keine Genehmigung von neuen Tagebauen, angemessener Abstand der bereits genehmigten Tagebaue zu den Dörfern, Verzicht auf CCS und Einstellung aller vorbereitenden Untersuchungen.

Karsten Jennerjahn, Präsident des Bauernbundes Brandenburg
Monika Schulz-Höpfner, (CDU) Mitglied des Brandenburgischen Landtags
Sabine Niels, (Bündnis 90 / Die Grünen) Mitglied des Brandenburgischen Landtags
Stephan Hilsberg, (SPD) Parlamentarischer Staatssekretär a. D.
Hans-Georg von der Marwitz, (CDU) Mitglied des Deutschen Bundestages
Cornelia Behm, (Bündnis 90 / Die Grünen) Mitglied des Deutschen Bundestages
Karsten Birkholz, Amtsdirektor des Amtes Barnim-Oderbruch
Peter Jeschke, (CDU) Bürgermeister der Gemeinde Schenkendöbern
Frank Schürer-Behrmann, Superintendent des Kirchenkreises Fürstenwalde-Strausberg
Dr. Iris Homuth, Präsidentin des Landeswasserverbandstages Brandenburg
Burkhard Voß, Landesvorsitzender des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Reiner Gabriel, Vorsitzender des Landesverbandes Brandenburgischer Imker
Prof. Dr. Wolfgang Schluchter, Brandenburgische Technische Universität Cottbus
Tobias Morgenstern, Akkordeonist, Theater am Rand Zollbrücke
Dr. Ansgar Vössing, Vorstand Nationalparkstiftung Unteres Odertal
Hermann Graf von Pückler, Pücklersche Forstverwaltung Branitz



Karsten Jennerjahn begrüßt die Gründungsversammlung nach dem Gottesdienst in Atterwasch

Axel Vogel, Fraktionsvorsitzender Bündnis 90 / Die Grünen im Brandenburgischen Landtag
Wolfgang Nescowicz, (Fraktion Die Linke) Mitglied des Deutschen Bundestages
Ortwin Baier, (SPD) Bürgermeister der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow
Ralf Wöller, (CDU) Bürgermeister der Gemeinde Sonnenberg
Martin Wehlan, (CDU) Ortsvorsteher von Zahsow, Gemeinde Kolkwitz
Heilgard Asmus, Generalsuperintendentin des Sprengels Potsdam der Evangelischen Kirche
Rüdiger Müller, Vorstandsvorsitzender des Grundbesitzerverbandes Brandenburg
Werner Suchner, Bürgermeister der Stadt Calau
Christian Steinkopf, (CDU) Bürgermeister der Stadt Lenzen
Bärbel Kannenberg, Stellvertretende Vorsitzende des Bundes deutscher Architekten Brandenburg
Dr. Uwe Otzen, Vorsitzender des Förderkreises Alte Kirchen Berlin-Brandenburg
Ute Lubk, Stellvertretende Kreisvorsitzende der CDU Elbe-Elster
Reinhard Benke, Stellvertretender Vorsitzender der CDU Niemegk
Ralf Lehmann, Bürgermeister der Stadt Bad Freienwalde
Olaf Klempert, Bürgermeister der Gemeinde Rietz-Neuendorf
Dr. Rainer Vogel, (Bündnis 90 / Die Grünen) Bürgermeister der Gemeinde Woltersdorf
Peer Jürgens, (Die Linke) Mitglied des Brandenburgischen Landtags
Benjamin Raschke, Landesvorsitzender Bündnis 90 / Die Grünen Brandenburg
Thomas Burchardt, Vertreter der Domowina im Braunkohleausschuss des Landes Brandenburg
Reinhard Schultke, Klinger Runde Netzwerk für den Erhalt der Heimat
Matthias Berndt, Pfarrer der Evangelischen Kirche, Atterwasch
Harald Heerwagen, Landesvorsitzender Bund der Vertriebenen Brandenburg
Dr. Frieder Weiße, Vorsitzender der Vereinigung der Opfer des Stalinismus Berlin-Brandenburg
Steffen Hube, Geschäftsführer der Elektro-Service Weiche GmbH, Guben
Hubertus Stawenow, Geschäftsführer der Stawenow GmbH & Co KG, Beeskow
Udo Schulze, Sprecher der Bürgerinitiative "CO2-Endlager stoppen", Beeskow
Sylvia Wadewitz, Sprecherin der Bürgerinitiative "CO2ntra Endlager", Neutrebbin
Ulf Stumpe, (SPD-Fraktion) Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Wriezen
Nora Görke, Bürgermeisterin der Stadt Kyritz
Christian Stein, (CDU) 1. Beigeordneter des Landkreises Potsdam-Mittelmark
Wolfgang Milstrey, (CDU) Bürgermeister der Gemeinde Legde-Quitze
Frank Schütz, Stellvertretender Vorsitzender der CDU Oderbruch
Gerd Linden, Pfarrer der Evangelischen Kirche, Buckow-Glienicke
Margitta Bergmann, (FDP) Mitglied des Gemeinderates Oberkrämer
Dr. Torsten Erke, Vorstandsvorsitzender Grüne Liga e. V.
Rene Schuster, Vorstandsmitglied der Umweltgruppe Cottbus
Marion Piek, Vorsitzende von Brandenburg 21 Verein für nachhaltige Regionalentwicklung
Wolf-Christian Schäfer, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Lebendige Dörfer im Brandenburg 21
Dr. Hans-Jürgen Rach, Landesbeauftragter Brandenburg der Interessengemeinschaft Bauernhaus
Johannes Kapelle, Vorsitzender Ländliche Erwachsenenbildung Spremberg
Birgit Wöllert, (Die Linke) Mitglied des Brandenburgischen Landtags
Hannes Wilhelm-Kell, Vorsitzender der Luzysko Alianca (Lausitzer Allianz)
Dr. Hans-Georg Gebel, Vorstand Wir im Niederbarnim e. V.
Wolfgang Renner, Mitglied des Landesvorstandes Bündnis 90 / Die Grünen Brandenburg
Daniel Mundil, Vorsitzender der Jungen Union Märkisch Oderland
Wolfgang Banditt, Stellvertretender CDU-Fraktionsvorsitzender im Kreistag Uckermark
Bernd Hüsgen, Stellvertretender Vorsitzender der CDU Baruth (Mark)
Hans Becker, Ortsvorsteher von Uetz-Paaren, Stadt Potsdam
Petra Rösch, Ortsvorsteherin von Proschim, Stadt Welzow
Reinhard Dalchow, Pfarrer, Umweltbeauftragter der Evangelischen Kirche i. R.
Jan M. Petersen, Freischaffender Künstler, Pfaffendorf

Mike Kess, PR-Berater für Energie und Umwelt, Berlin
 Friedemann Hanke, Politikwissenschaftler, Lietzen
 Reinhard Jung, Journalist und Landwirt, Lennewitz



Die Initiatoren des Bündnisses posieren für die Presse, von links nach rechts: Die Landtagsabgeordnete Sabine Niels (Bündnis 90 / Die Grünen), die Landtagsabgeordnete Monika Schulz-Höpfner (CDU), Pfarrer Matthias Berndt aus Atterwasch, der Bundestagsabgeordnete Hans-Georg von der Marwitz (CDU) und Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung

Braunkohle: Bauernbund Brandenburg verlangt verbindliche Zusage für die Dörfer

Pressemitteilung vom 17. November 2011

Als wichtigen Schritt in die richtige Richtung hat der Bauernbund Brandenburg die Positionierung der SPD-Landtagsfraktion gewertet, dass die CCS-Technologie in Brandenburg nicht mehr forciert werden solle und sich die Braunkohle innerhalb weniger Jahrzehnte durch regenerative Energieträger und moderne Gaskraftwerke ersetzen lasse. "Wir hoffen sehr, dass auch Dietmar Woidke, der erst kürzlich den Neubau eines Kohlekraftwerks gefordert hat, diese Einsicht teilt und konstruktiv an der Zukunft der Lausitz mitarbeitet", sagte Christoph Schilka, Landwirt aus Guhrow (Spree-Neiße) und Vorstandsmitglied des Bauernbundes.

Eine verbindliche Zusage für den Erhalt ihrer Heimat bräuchten vor allem die 2000 Menschen aus Welzow, Proschim, Grabko, Kerkwitz und Atterwasch, die nach den bisherigen Plänen der Landesregierung zugunsten neuer Braunkohletagebaue enteignet und vertrieben werden sollen, so Schilka: "Die genehmigten Tagebaue reichen bis 2030. Wer zugibt, dass die Energiewende innerhalb weniger Jahrzehnte machbar ist, darf nicht noch weitere Dörfer in den Abgrund reißen." Der Bauernbund beteiligt sich an dem Bündnis Heimat und Zukunft in Brandenburg gegen neue Tagebaue und CCS, zu dem sich inzwischen über 300 Personen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zusammengeschlossen haben: www.heimatzukunft.de

Die Hoffnung, dass die SPD sich in der Energiepolitik besinnt, ist indessen verfliegen. Nur einen Tag nach unserer Pressemitteilung stellte Ministerpräsident Matthias Platzeck klar, dass er ein neues Braunkohlekraftwerk in der Lausitz will – nach der Horno-Lüge von Manfred Stolpe schon die zweite Lüge eines brandenburgischen Landeschefs, denn Platzeck hatte zuvor definitiv erklärt, ohne CCS werde es kein neues Braunkohlekraftwerk geben. Auch der industriebürtige Wirtschaftsminister Ralf Christoffers kann sich nicht mehr an die Wahlversprechen der Linken erinnern. Aber in seiner Partei gärt es, genauso wie an der Basis der CDU schon seit geraumer Zeit ein Umdenken in der Energiepolitik eingesetzt hat. Das Bündnis Heimat und Zukunft ist deshalb das richtige Signal zur richtigen Zeit: Wir treffen uns wieder am Reformationstag 2012 in Atterwasch!

Bauernbund Brandenburg wirft SPD- und Linksfraktion Inkompetenz beim Thema Gentechnik vor Pressemitteilung vom 21. September 2011

Der Bauernbund Brandenburg, Vertretung der bäuerlichen Familienbetriebe im Land, hat den Antrag von SPD- und Linksfraktion zur Gentechnik, der morgen im Ausschuss für Infrastruktur und Landwirtschaft behandelt wird, als "Dokument der Inkompetenz" bezeichnet. "Es leuchtet mir nicht ein, warum man einen Antrag stellt, wenn man darin zur Sache nichts zu sagen hat", kommentierte Bauernbund-Vizepräsident Bringfried Wolter, der in Willmersdorf (Barnim) einen 700-ha-Ackerbaubetrieb bewirtschaftet.

Die einzige inhaltliche Substanz des Antrages, nämlich dass SPD und Linke die Gentechnik-Forschung fördern wollen, werfe ein bezeichnendes Licht auf die Politik der Landesregierung, so Wolter: "Einerseits sollen die landeseigenen Forschungseinrichtungen in Güterfelde und Paulinen-*aue* geschlossen werden, die mit ihren Sorten-, Düngungs- und Pflanzenschutzversuchen einen echten praktischen Nutzen für brandenburgische Landwirte haben. Andererseits soll eine Gentechnikforschung, die keiner braucht, aber hinter der millionenschwere Konzerne stehen, noch mit Landesmitteln unterstützt werden."

Der Bauernbund lehnt die Grüne Gentechnik grundsätzlich ab, unter anderem weil gentechnisch veränderte Pflanzen patentiert sind. "Die Hersteller wollen die Landwirtschaft in Abhängigkeit bringen und weltweit die Kontrolle über Nahrungsmittelproduktion und Preise gewinnen", befürchtet Wolter.

Bauernbund zu Gast bei der CDU

Der Bauernbund hat der CDU Brandenburg für ihren Landesparteitag am 22. Oktober 2011 gutes Gelingen gewünscht. Dieser Wunsch ging in Erfüllung, denn Landesvorsitzende Saskia Ludwig und Generalsekretär Dieter Dombrowski wurden bestätigt und die durch eine Medienkampagne begleitete Kampfkandidatur der Brandenburger Oberbürgermeisterin Dietlind Tiemann abgewehrt. Tiemann hatte Ludwig einen zu kritischen Kurs gegenüber der Landesregierung vorgeworfen und für mehr Kooperationsbereitschaft plädiert.

In seinem fünfminütigen Grußwort stellte Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung zunächst die gute Zusammenarbeit in den beiden vergangenen Jahren heraus: "Wir haben viele Gemeinsamkeiten im Grundsätzlichen festgestellt und haben dann in den agrarpolitischen Inhalten hart, aber fair diskutiert. Wir waren nicht immer einer Meinung, das ist normal, aber wir haben erlebt, wie die CDU ihr agrarpolitisches Profil geschärft, in einigen wesentlichen Punkten neue Schwerpunkte gesetzt hat, die wir begrüßen, wie sie ihre Positionen in ganz vielen Dialogveranstaltungen auf dem Land souverän vertreten und konstruktiv weiter entwickelt hat – bis hin zu nachhaltigen Impulsen Richtung Bundespartei und Europa. Das alles hat uns beeindruckt."

Ohne explizit auf den Konflikt einzugehen, stellte Jung fest: "Wenn wir Bauern säen, ernten wir ein Jahr später. Wenn wir ein Kalb aufziehen, gibt es zweieinhalb Jahre später Milch. Wenn wir ein Stück aufforsten, können unsere Kinder in dreißig Jahren zum ersten Mal Brennholz rausholen. Das heißt: Wir versuchen, das Richtige zu tun, auch wenn wir nicht gleich etwas davon haben. Wenn wir im Frühjahr Dünger streuen und danach regnet es drei Wochen nicht, war es sogar vergeblich. Trotzdem haben wir das Richtige getan, und selbstverständlich werden wir es im nächsten Frühjahr genau so machen. Was ich damit sagen will: Weil wir so sind, wie wir sind, haben wir Bauern großen Respekt vor einer Politik, die geradeaus ist. Einer Politik, die nicht in erster Linie nach dem flüchtigen Beifall der Medien schießt oder nach günstigen Ausgangspositionen für die nächste Regierungsbeteiligung. Einer Politik, die glaubwürdig für unsere konservativen Werte steht. Ich wünsche Ihnen – und natürlich auch uns – dass die CDU Brandenburg auf diesem richtigen Weg bleibt."

Bauernbund zu Gast bei den Bündnisgrünen

Dank einer Initiative der bündnisgrünen Landtagsabgeordneten Sabine Niels hatte Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung am 23. September 2011 Gelegenheit, vor der Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei die Positionen des Bauernbundes zu BSE vorzutragen – und damit für Nachdenklichkeit zu sorgen. Unter anderem der Europaabgeordnete Martin Häusling und der Bundestagsabgeordnete Friedrich Ostendorff mussten sich anhören, wie Jung von seiner persönlichen Betroffenheit als Züchter des altdeutschen Rotbunten Niederungsviehs grüne Agrarthematisierung ins Visier nahm:

"Rotbunte ohne Holsteinblut – jetzt können Sie natürlich sagen, das geht uns nichts an, das ist ein Steckenpferd von Reinhard Jung. Deshalb will ich Ihnen drei andere Themen nennen, die genauso mit BSE zu tun haben, die ganz aktuell sind und von denen ich weiß, dass sie Ihnen wichtig sind: Tierfabriken, Grünlandumbruch, Eiweißlücke. Die BSE-Hysterien, der nachhaltige Zusammenbruch des Rindfleischmarktes, der Rückgang des Pro-Kopf-Verbrauchs in Deutschland um mehr als 40 Prozent innerhalb von zehn Jahren – all das hat nicht nur meine lieben Rotbunten dezimiert, es hat auch die Ausdehnung der Schweine- und vor allem der Geflügelmast in riesigen Einheiten begünstigt, es hat die Rentabilität der Grünlandnutzung gegenüber dem Ackerbau massiv verschlechtert und nicht zuletzt hat es unsere Abhängigkeit vom südamerikanischen Soja vergrößert durch Entzug des wertvollen Eiweißträgers Tiermehl aus der Schweine- und Geflügelernährung."

"Tierfabriken, Grünlandumbruch, Eiweißlücke – direkte Folgen der BSE-Hysterien?" fragte Jung: "Das wäre vielleicht ein wenig übertrieben, sicher waren es nicht die Hysterien allein, die uns diese Probleme beschert haben. Aber soviel sollten wir uns eingestehen: BSE hat keine Agrarwende gebracht, schon gar keine Wende zum Besseren, kein Umdenken in der Bevölkerung, gar ein bewussteres Einkaufen von Lebensmitteln. Im Gegenteil, BSE und die völlig überzogenen Maßnahmen dagegen waren Meilensteine der Industrialisierung unserer Landwirtschaft und Meilensteine der Bürokratisierung noch dazu, auch ein finsternes Kapitel, das ich uns heute aber erspare ..."

Jung appellierte an die alte grüne Tugend, wissenschaftliche Wahrheiten kritisch zu hinterfragen, und erklärte kurz, warum spätestens nach 20 Millionen von den Bauern bezahlter BSE-Tests feststeht, dass die Krankheit nicht auf dem Nahrungsweg übertragen werden kann. Er schlug vor, in dieser Runde gegen einen renommierten BSE-Wissenschaftler anzutreten, und wünschte sich, dass Bauern und Bündnisgrüne gemeinsam nach vorne schauen: "Es geht im Prinzip um zwei Sätze: 1.) BSE war nie eine Gefahr für den Menschen. Und 2.) Die Rinderhaltung auf Grünlandbasis ist das Rückgrat für eine umweltgerechte Landwirtschaft. In dem Moment, wo ein bündnisgrüner Spitzenpolitiker diese beiden Sätze ausspricht, wäre das nicht nur ein befreiendes Signal für die Rinderhalter in Deutschland. Es würden sich auch eine Menge Verkrampfungen lösen, die zwischen dem Grünen Beruf und der Grünen Partei noch immer existieren und die eigentlich nicht nötig sind. Es ist jedenfalls schöner ohne, das haben wir in Brandenburg festgestellt."